

Mexiko tritt vor den US Supreme Court gegen Waffenhersteller an

Mexiko steht vor dem US Supreme Court in einem Prozess gegen Waffenhersteller. Der Fall betrifft die Verantwortung für Waffentransfers an mexikanische Drogenkartelle. Ein bedeutender Schritt in der internationalen Diplomatie.



Das rechtliche Team, das Mexiko in einem Verfahren gegen acht Waffenhersteller in den USA vertritt, bereitet sich darauf vor, am 4. März vor dem Obersten Gerichtshof der USA einen Teil seines Falls zu präsentieren. Dies teilte Pablo Arrocha, der rechtliche Berater des mexikanischen Außenministeriums, während des Internationalen Forums über Waffenhandel und -abzweigung in Lateinamerika mit, das vom Zentrum für wirtschaftliche Forschung und Lehre (CIDE) organisiert wurde.

Hintergrund des Rechtsstreits

Die mexikanische Regierung reichte 2021 Klage gegen mehrere US-amerikanische Waffenhersteller ein. Ihnen wird vorgeworfen, Waffen bereitzustellen, die letztendlich in den Händen von Drogenkartellen in Mexiko landen. Zudem fordert Mexiko Schadensersatz für wirtschaftliche und soziale Schäden, die aus Waffengewalt resultieren.

Waffenhandel zwischen den USA und Mexiko

Mexiko, das über nur **ein Waffengeschäft** verfügt, hat in der Vergangenheit behauptet, dass zwischen 70 % und **90 % aller Waffen**, die an Tatorten in Mexiko sichergestellt werden, aus den USA stammen. Ein **Bericht von 2024** des US-Büros für Alkohol, Tabak, Feuerwaffen und Sprengstoffe hat ergeben, dass 72 % der internationalen Waffenhandelsfälle, die ihren Ursprung in den USA haben, Mexiko als Zielland aufweisen.

Entwicklung des Verfahrens

Im Oktober 2024 genehmigte der Oberste Gerichtshof der USA einen Antrag von Smith & Wesson und anderen Unternehmen, ein Urteil eines Bundesberufungsgerichts zu überprüfen, das den Fall wiederbelebt hatte, nachdem ein unterer Gerichtshof ihn aufgrund des Gesetzes zum Schutz des rechtmäßigen Handels mit Waffen abgewiesen hatte. Dieses Gesetz schließt im Allgemeinen eine zivilrechtliche Haftung für Waffenhersteller und -vertreiber aus, wenn ihre Produkte von kriminellen Dritten verwendet werden.

Einfluss von Gerichtsurteilen

In gerichtlichen Dokumenten haben die Hersteller die Vorwürfe Mexikos zurückgewiesen, sie hätten den illegalen Verkauf ihrer Waffen unter Verstoß gegen US-amerikanisches Bundesrecht

unterstützt. Sie verwiesen auf das Urteil des Obersten Gerichtshofs von 2023, das Twitter vor einer Klage schützte, in der dem Unternehmen vorgeworfen wurde, es habe den Terrorismus unterstützt, indem es Tweets der Terrorgruppe ISIS beherbergte.

„Im Eifer, die Waffenindustrie anzugreifen, strebt Mexiko an, grundlegende Prinzipien des amerikanischen Rechts zu beseitigen, die die gesamte Wirtschaft schützen“, schrieben die Hersteller in einem Schriftsatz im November 2024.

Zweite Klage und Fortschritte

Eine zweite Klage, die Mexiko im Oktober 2022 in einem Gericht in Arizona gegen fünf Geschäfte eingereicht hat, die Waffen verkaufen, befindet sich in der Beweisaufnahmephase, so Arrocha. Mexiko wirft diesen Geschäften Fahrlässigkeit, öffentliche Belästigung und ungerechtfertigte Bereicherung vor. Laut dem ATF ist die Waffenhandelsroute von Arizona nach Mexiko nur zweitrangig hinter dem illegalen Waffenhandel zwischen Texas und Mexiko.

Zukünftige rechtliche Strategien

Der rechtliche Berater des Außenministeriums betonte, dass beide Klagen vorankommen und dass es Szenarien für unterschiedliche Ergebnisse gibt. „Dies ist der Anfang, und dies ist der Vorreiter für etwas, das zukünftig viel breitere rechtliche Strategien ermöglichen kann“, sagte er während des Forums.

Diplomatische Spannungen

Der Fall erreicht den Obersten Gerichtshof zu einem Zeitpunkt diplomatischer Spannungen zwischen Mexiko und den USA. Letzte Woche bezeichnete die US-Regierung offiziell **sechs mexikanische Drogenkartelle** als terroristische Gruppen, eine Maßnahme, die die mexikanische Präsidentin Claudia

Sheinbaum als **potenziell bedrohlich für die mexikanische Souveränität** charakterisierte.

Auf der gleichen Pressekonferenz erklärte Sheinbaum, dass sie Reformen anstrebe, um „jede Person, ob national oder ausländisch, die mit der illegalen Herstellung, Verteilung, Entsorgung, Übertragung und Einfuhr von Waffen in [das nationale Territorium Mexikos]“ zu verfolgen.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at